

SOLIDARITÄT

Die **ÖGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

- *Burn-out: Manchmal ist es zu viel*
- *ÖGB in den Sozialen Medien*
- *Baustelle Lehre*



Österreich wählt

Die „Solidarität“ stellt neun Fragen an die Parteien.

Seite 4-7

EQUAL PAY DAY

Frauen in Österreich verdienen nach wie vor weniger als Männer.

Seite 10-11

MINDESTLOHN

1.500 Euro Mindestlohn wurden erreicht – ÖGB peilt 1.700 Euro an.

Seite 11

SOMMERJOB

„Watchlist Praktikum“ hilft bei Beschwerden - auch im Nachhinein.

Seite 14

VOR 5 JAHREN IN DER SOLI



Die massiven Verluste infolge der Finanzmarktkrise sollten durch den Abbau von Sozialleistungen wettgemacht werden. Der ÖGB sagte Nein und startete die Kampagne „Sozialstaat fair-bessern“. Die Absicherung des Sozialstaates durch faire Finanzierung war und ist eine zentrale Forderung.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudörfel. **Chefredaktion:** Alexa Jirez. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegl. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Florian Kräffner, Franz Fischill, Dietmar Meister, Suzan Aytakin, Johanna Oblasser, Lukas Spring, Carmen Janko (OÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Lisa Siutz (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark). **Artredaktion & Grafik:** Reinhard Schön. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun, Hannes Kiengraber. **Titelbild:** Fotolia/contrastwerkstatt. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung. Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. ZVR-Nr.: 576439352 DVR-Nr. 0046655

Adressänderungen

Tel.: 01/534 44-39100
oder unter service@oegb.at

i-move.at

Frauenquote kommt



ENDE JUNI wurde im Nationalrat die gesetzliche Frauenquote, eine langjährige Forderung von AK und Gewerkschaften, beschlossen. In börsennotierten Unternehmen sowie in Unternehmen mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen soll ein Frauenanteil von 30 Prozent in den Gremien erreicht werden. Staatsnahe Unternehmen übertreffen die Quote bereits deutlich. Im Schnitt beträgt in diesen Unternehmen der Frauenanteil derzeit 40,3 Prozent. Viele Unternehmen haben erkannt, dass gemischte Führungsteams erfolgreicher sind, und würden bei Neueinstellungen auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern und Frauen achten. Auf dem Weg zur Gleichstellung ist konsequente Frauenerföderung notwendig.

Führungskräfte dagegen



MÄNNLICHE Führungskräfte, die eine gesetzliche Frauenquote ablehnen, fürchten, dass die Leistung bei einer Bestellung nicht mehr im Vordergrund steht. Die Hälfte der Quoten-Gegner hätte lieber eine freiwillige Selbstverpflichtung für die eigene Firma. Das geht aus einer Studie des Beraters Kienbaum hervor, für die Vorstandsmitglieder, Aufsichtsräte und PersonalleiterInnen befragt wurden. Aktuelle Zahlen zeigen jedoch, dass freiwillige Zielvorgaben nur schlecht funktionieren. Nur 18 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder in österreichischen Unternehmen sind Frauen. Wenn der Anstieg weiter in diesem Tempo fortschreitet, braucht es noch 50 Jahre bis zu einem ausgeglichenen Verhältnis von Frauen und Männern in den Vorstandsetagen.

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

»Ich wünsche den Frauen, dass sie weiterkämpfen und sich nichts gefallen lassen. Alles müssen sie sich selbst erkämpfen. Geschenkt wird es nicht.«

*Johanna Dohnal (1939–2010),
Österreichs erste Frauenministerin*

Vieles, das heute selbstverständlich ist, musste erst hart erkämpft werden. So auch das Frauenwahlrecht, das vor der Einführung auf heftige Ablehnung und Kritik stieß. Die Argumente und Befürchtungen dagegen waren vielfältig. So hieß es etwa, dass Frauen zur Hysterie neigen, noch nicht so weit wären und sich um Familie und Haushalt kümmern sollten. Nichtsdestotrotz blieb die Frauenbewegung stark, wehrte sich gegen diese Ungerechtigkeiten und setzte ihre Forderung durch: 1918 wurde das Frauenwahlrecht in Österreich eingeführt. Europaweit gehörte Österreich damit zu jenen Ländern, in denen Frauen am frühesten das Wahlrecht bekamen. Seitdem hat sich vieles zum Besseren geändert. Von einer echten Geschlechtergerechtigkeit sind wir aber noch weit entfernt. Wer in einer gleichberechtigten Gesellschaft leben will, sollte sie selbst mitbestimmen. Zum Beispiel bei der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017!



© photocase/bastografie

ARBEITSUNFÄLLE – LANGE ARBEITSZEITEN VERDOPPELN UNFALLRISIKO

Im Jahr 2016 gab es laut AUVA (Allgemeine Unfallversicherungsanstalt) in Österreich insgesamt 95.975 Arbeitsunfälle von unselbstständig Beschäftigten.



Studien zeigen, dass das Unfallrisiko im Laufe eines Arbeitstags steigt. So verdoppelt sich etwa nach zwölf Stunden Arbeit das Risiko, auf dem Heimweg einen Unfall zu erleiden. Hinzu kommt noch das Risiko der Übermüdung. Verstärkend wirken besonders fordernde, anstrengende Arbeitsbedingungen. Zudem sind viele Menschen im Industriesektor beschäftigt, der im Vergleich zu anderen Sektoren als unfallträchtiger gilt. Für AK-Oberösterreich-Präsident Johann Kalliauer sind diese Studienergebnisse ein weiterer Grund, überlange Arbeitszeiten zu vermeiden: „Ausreichende Erholungsphasen und eine gesundheitsförderliche Gestaltung von Einsatzzeiten sind wichtige Schritte zur Prävention von Arbeitsunfällen.“

ARBEITERKAMMER RETTET URLAUB

Dank der Arbeiterkammer Niederösterreich können 56 MitarbeiterInnen eines insolventen Reisebüros einen verspäteten Urlaub antreten. Mit der Unterstützung der AK-ExpertInnen in Niederösterreich bekamen sie ihre offenen Gehälter samt Urlaubsgeld in Rekordzeit vom Insolvenzfonds ausbezahlt. Insgesamt 624.000 Euro schuldet das Unternehmen seinen Mitarbei-

terInnen. Eine Woche nach Konkurs hatte der Insolvenzentgeltfonds alle wichtigen Daten und Berechnungen, die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kurz danach den Großteil des Geldes am Konto. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass AK-ExpertInnen die Beschäftigten in schwierigen Situationen unterstützen.



BETREUUNGSPLATZ AB DEM 1. LEBENSJAHR

„Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz“ ist eine längst überfällige Forderung. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ist immens von der Kinderbetreuung abhängig. Die ÖGB-Frauen haben schon in ihrem Leit Antrag aus dem Jahr 2013 ein ganztägiges, flächendeckendes und vor allem qualitativ hochwertiges Bildungsangebot für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr gefordert. „Mittlerweile schreiben wir das Jahr 2017, und es hat sich diesbezüglich wenig getan“, sagt Isabella Guzi, ÖGB-Bundesfrauensekretärin, und fordert, dass nun endlich Fortschritte erzielt werden.



ERICH FOGLAR, ÖGB-Präsident,
zur Nationalratswahl 2017

ÖGB IST ÜBERPARTEILICH – ABER NICHT UNPOLITISCH



Die bevorstehende Nationalratswahl könnte die bisherige politische Landschaft grundlegend verändern. An der großen Anzahl wahlwerbender Listen und Gruppierungen lässt sich ablesen, dass wir mit einer neuen politischen Kultur konfrontiert sind. Während etablierte Parteien sich keineswegs mehr auf eine spezifische „StammwählerInnenenschaft“ verlassen können, erfreuen sich „Bewegungen“ wachsender Beliebtheit.

*»Wir sind mit einer
neuen politischen Kultur
konfrontiert.«*

Die Gewerkschaft hat ganz klare Prioritäten – egal ob Liste oder Partei: Wir beurteilen jede Regierung danach, was sie bereit ist, für die ArbeitnehmerInnen zu tun. Die künftigen Herausforderungen sind groß: Die bisher dominierende „Job Economy“ – steigende Wertschöpfung durch „Beschäftigung in klassischer Erwerbsarbeit“ – verändert sich rasant. Steigende Umsätze bei sinkenden Beschäftigtenzahlen, Industrie 4.0, der zunehmende Einsatz von Robotern sowie die Tatsache, dass Dinge und Dienstleistungen aus dem Internet die menschliche Arbeitskraft zunehmend ersetzen, bedeuten für uns alle gravierende Veränderungen mit dramatischen sozialen Folgen. Eine Regierung, die sich klar zu einem gut finanzierten Sozialstaat, einem gerechten Steuersystem und einer starken Interessenvertretung der arbeitenden Menschen bekennt, findet in der Gewerkschaftsbewegung verlässliche Verbündete.

Wählen mit Solidarität



Am 15. Oktober ist Nationalratswahl.
Wir haben die Parteien* um Antworten auf Fragen gebeten,
die für die ArbeitnehmerInnen wichtig sind – und auch gleich
die passenden ÖGB-Forderungen daneben gestellt.

* Berücksichtigt wurden alle Parteien, die derzeit im Nationalrat vertreten sind und deren Antritt zur
Wahl zu Redaktionsschluss feststand.

Koordination: Florian Kräftner, Amela Muratovic /// Foto: Fotolia.com

<p>Den größten Teil seiner Einnahmen macht der Staat durch Steuern auf Arbeit. Sollen künftig große Vermögen höher besteuert und eine Erbschaftsteuer wiedereingeführt werden?</p>	<p>Wie hoch sollten die niedrigsten Mindestlöhne für eine Vollzeitbeschäftigung in Österreich sein?</p>	<p>Wie stehen Sie zum Thema Arbeitszeitverkürzung?</p>
<p>In kaum einem Land gibt es so ein Ungleichgewicht zwischen Steuern auf Arbeit und Steuern auf Vermögen wie in Österreich. Das ist extrem unfair und leistungsfeindlich. Daher wollen wir eine Steuer auf Erbschaften von mehr als einer Mio. Euro und im Gegenzug die Steuern auf Arbeit senken.</p>	<p>Die Sozialpartner haben mit dem Mindestlohn von 1.500 Euro eine gute Lösung erzielt. Unser Ziel als Sozialdemokratie ist es jetzt, dass diese 1.500 Euro steuerfrei sind, damit die Erhöhung auch direkt bei den Menschen ankommt.</p>	<p>Wenn die Produktivität steigt und immer mehr Tätigkeiten automatisiert werden, müssen wir uns die Frage stellen, wie wir Arbeit verteilen wollen. Das Thema Arbeitszeitverkürzung – auch wenn es manchen nicht passt – wird auf die Agenda kommen. Damit werden wir uns auseinandersetzen.</p>
<p>Das Problem in Österreich ist nicht, dass wir zu wenig, sondern dass wir zu viel Steuern zahlen. Es ist kaum mehr möglich, sich durch eigene Arbeit in seinem Leben etwas aufzubauen. Bevor wir also über die Einführung neuer Steuern reden, sollten wir damit beginnen, Steuern spürbar zu senken.</p>	<p>In nur wenigen Ländern ist die Differenz zwischen Brutto- und Nettogehalt so groß wie in Österreich. Das wollen wir ändern und dafür sorgen, dass in unserem Land jede und jeder die Möglichkeit hat, durch eigene, ehrliche Arbeit so viel zu verdienen, um sich etwas aufzubauen.</p>	<p>Es ist der starke Wunsch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sich die Arbeitszeit flexibler einteilen zu können. Das aus 1969 stammende Arbeitszeitgesetz geht heute an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Wir wollen daher mehr Bewegungsfreiheit und eine Win-win-Situation für alle ermöglichen.</p>
<p>Nein: Vermögen- und Erbschaftssteuern schädigen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich und vernichten Arbeitsplätze.</p>	<p>Der Mindestlohn soll 1.700 Euro monatlich bei Vollzeitbeschäftigung betragen.</p>	<p>Eine generelle Arbeitszeitverkürzung schädigt den Wirtschaftsstandort und vernichtet Arbeitsplätze.</p>
<p>Ja. Dringend. Vermögen ist bei einigen wenigen konzentriert und Steuern darauf sind extrem niedrig – im OECD-Schnitt sind sie dreimal so hoch. Österreich braucht eine Steuerstrukturreform: Die Steuern auf Arbeit sollen gesenkt werden und Superreiche faire Beiträge zahlen.</p>	<p>Niedrigstlöhne sind Ausbeutung, schaden Menschen und der österreichischen Wirtschaft. Die Grünen treten daher für die sogenannte Niedriglohnschwelle als Mindestlohn ein. 2017 sind das etwa € 1.750 für 40 Wochenstunden (etwa € 10,10 brutto pro Stunde).</p>	<p>Im Durchschnitt arbeiten ArbeitnehmerInnen 31 Wochenstunden, manche weit über 40, andere deutlich weniger als der Durchschnitt. Arbeit muss gerechter verteilt werden. Es ist höchste Zeit, in einem ersten Schritt die 35-Stunden-Woche zu erreichen.</p>
<p>Steuern und Abgaben auf Arbeit müssen jedenfalls gesenkt werden. Österreich hat bereits eine der höchsten Steuerquoten in der gesamten EU. Bevor über neue Steuern nachgedacht werden kann, muss also die Gesamtbelastung gesenkt werden.</p>	<p>Wesentlich ist, dass Mindestlöhne von den Kollektivvertragspartnern ausverhandelt werden und nicht Spielball der Politik werden. Als Politik wollen wir Löhne insbesondere durch eine Senkung der Sozialabgaben erreichen. Dafür braucht es allerdings mutige Reformen im Sozialsystem.</p>	<p>Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bringt Tausende Arbeitsplätze in Gefahr. Wichtiger sind einfache Regelungen für die betriebliche Ebene, um auf Bedürfnisse der MitarbeiterInnen einzugehen. Damit können individuelle Arbeitszeitverkürzungen ohne negative Folgen ermöglicht werden.</p>
<p>Die Steuereinnahmen finanzieren unsere öffentlichen Leistungen und müssen daher gesichert werden. Unsere Forderungen: Finanztransaktionssteuer, Schließung von Steuersümpfen, entschlossener Kampf gegen Steuerbetrug, Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, Robotersteuer.</p>	<p>Schrittweise sollen die Mindestlöhne in allen Kollektivverträgen auf 1.700 Euro angehoben werden. Auch in Zukunft ist die Regelung der Mindestlöhne bei den Sozialpartnern in den richtigen Händen.</p>	<p>Nicht nur zur gerechteren Verteilung, sondern vor allem zur Erhaltung der Gesundheit der ArbeitnehmerInnen muss die Arbeitszeit verkürzt werden. Vorstellbar sind neben kürzerer Wochenarbeitszeit auch mehr Urlaub oder ein Recht auf Bildungsfreistellung.</p>

<p>Im öffentlichen Dienst bekommen die Beschäftigten ab dem 42. Lebensjahr eine 6. Urlaubswoche. Soll diese Regelung auch in der Privatwirtschaft gelten?</p>	<p>Immer weniger Betriebe bilden Lehrlinge aus. Sollen alle Unternehmen, die ausbilden könnten, einen Beitrag in einen Fonds einzahlen, aus dem hochwertige Lehrlingsausbildung finanziert wird?</p>	<p>In Österreich verdienen Frauen um ein Fünftel weniger als Männer. Was würden Sie tun, um die Einkommensschere zu schließen?</p>
<p>2015 wurde mit der Gewerkschaft die 6. Urlaubswoche nach 25 Dienstjahren gefordert – unabhängig davon, wie oft man den Job gewechselt hat. Damals wurde sie mit Verweis auf die Wirtschaftslage abgelehnt. Doch dieses Argument gilt nicht mehr. Das Thema muss wieder auf den Verhandlungstisch!</p>	<p>Das Ziel ist, dass möglichst viele Lehrlinge direkt in Betrieben ausgebildet werden. Dazu ist aus unserer Sicht ein Anreizsystem für Unternehmen, die Lehrlinge ausbilden, geeigneter, um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen.</p>	<p>Wichtig war hier die Einigung beim Mindestlohn. Denn zwei Drittel aller, die bei Vollzeitarbeit unter 1.500 Euro verdienen, sind Frauen. Ein weiterer Schritt ist die Lohntransparenz. Wenn Frauen wissen, was ihre männlichen Kollegen verdienen, können sie gleiche Bezahlung einfordern.</p>
<p>Wir wollen unseren Standort zurück an die Spitze bringen und für mehr Wohlstand sorgen. Den Weg dorthin sehen wir vor allem in einer Senkung der zu hohen Steuerlast sowie der teilweise überbordenden Bürokratie und nicht in einer 6. Urlaubswoche, die dazu führen würde, dass Arbeitsplätze verloren gehen.</p>	<p>Bevor wir über Strafen sprechen, sollten wir positive Anreize für die Attraktivierung der Lehre in den Betrieben setzen. Wir müssen jungen Menschen, die in Unternehmen Leistung erbringen wollen, bessere Rahmenbedingungen bieten, z. B. über eine zeitgemäße Anpassung des Lehrberuf-Katalogs.</p>	<p>Gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit muss zur Selbstverständlichkeit werden. Dafür gilt es vor allem, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Aufstieg von qualifizierten Frauen fördern und wirkliche Wahlfreiheit, statt einer Entscheidung zwischen Familie und Beruf ermöglichen.</p>
<p>Hier sind taugliche Regelungen durch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu verhandeln, die vor allem auf die Interessenlage in den einzelnen Branchen Rücksicht nehmen.</p>	<p>Es sollte der Blum-Bonus neu eingeführt werden, um hier eine tatsächlich effiziente Förderung des dualen Ausbildungssystems zu garantieren. Die Schaffung neuer Abgaben und neuer Fonds bringt gar nichts.</p>	<p>Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss endlich umgesetzt werden. Gleichzeitig muss durch eine Verbesserung bei der Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten garantiert werden, dass Frauen in der Pension gleichgestellt werden.</p>
<p>Ja. Eine sechste Urlaubswoche für alle – also unabhängig vom Alter und damit ohne negative Effekte auf die Beschäftigung älterer Menschen – halten die Grünen für besser. Aber selbstverständlich muss es die sechste Urlaubswoche – so oder so – jedenfalls auch in der Privatwirtschaft geben.</p>	<p>Unternehmen ziehen sich immer mehr aus der Ausbildung zurück, erwarten aber topausgebildete MitarbeiterInnen. Es ist daher unabdingbar, Unternehmen an den Kosten der Ausbildung zu beteiligen.</p>	<p>Wichtig ist echte Einkommenstransparenz in Betrieben. Transparenz allein löst das Problem aber nicht: höhere Mindestlöhne, Arbeitszeitverkürzung, unternehmensseitige Verteuerung von Mehr- und Überstunden sowie Frauenförderprogramme in Betrieben werden eine Veränderung herbeiführen.</p>
<p>Ältere ArbeitnehmerInnen haben am Arbeitsmarkt bereits große Probleme. Gerade eine allgemeine 6. Urlaubswoche würde diese Gruppe im Vergleich zu anderen weiter verteuern und sie damit gegenüber Jüngeren schlechterstellen.</p>	<p>Es gibt eine große Anzahl an offenen Lehrstellen, weil es auch immer weniger Lehrstellensuchende gibt. Damit die Stellen besetzt werden können, muss die Lehre attraktiver werden und das Bildungsniveau der Jugendlichen durch die Einführung einer „Mittleren Reife“ sichergestellt werden.</p>	<p>Frauen leisten im Vergleich zu Männern wesentlich mehr unbezahlte Betreuungsarbeiten. Wir möchten mehr Väter dazu bewegen, ihrer Verantwortung in der Kindererziehung nachzukommen. Gleichzeitig braucht es einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag eines Kindes.</p>
<p>Die 6. Urlaubswoche muss für alle erreichbar sein – nicht nur für jene ArbeitnehmerInnen, die ein Berufsleben lang beim selben Arbeitgeber bleiben, wie es früher üblich war. Erholungsphasen sind wichtig für die Gesundheit!</p>	<p>Alle Unternehmer sollen an den Ausbildungskosten der dringend benötigten Fachkräfte beteiligt werden – auch die Trittbrettfahrer, die selbst keine Lehrlinge ausbilden, obwohl sie könnten.</p>	<p>Wir brauchen einen Mindestlohn von 1.700 Euro, weil davon besonders Frauen in Niedriglohnbranchen profitieren würden. Gleichzeitig braucht es eine innerbetriebliche Offenlegung aller Gehälter: So könnten sich Frauen leichter gegen Entgeltdiskriminierung wehren und ihr Recht durchsetzen.</p>

<p>Das Pensionskonto ist in Kraft, und nach einigen Reformen steigt das faktische Pensionsantrittsalter. Halten Sie weitere Pensionsreformen für nötig? Können Sie weitere Pensionskürzungen ausschließen?</p>	<p>Die kalte Progression sorgt für Steuererhöhungen durch die Hintertür. Soll sie automatisch abgeschafft werden oder soll die Politik ihren Spielraum behalten, damit sie Menschen mit niedrigeren Einkommen stärker unterstützen kann?</p>	<p>ArbeiterInnen und Angestellte sind automatisch AK-Mitglieder. Soll die gesetzliche, solidarische Mitgliedschaft erhalten bleiben? Sollen der AK weiterhin Mitgliedsbeiträge in der bisherigen Höhe zur Verfügung stehen?</p>
<p>Wenn wir von Pensionskürzungen sprechen, dann geht es nur um Luxuspensionen. Bei mittleren und niedrigen Pensionen wird es mit uns keine Kürzungen geben. Kleine Pensionen sollen sogar erhöht werden. Denn wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, soll auch von seiner Pension leben können.</p>	<p>Es darf nicht sein, dass vor allem BesserverdienerInnen von der Abschaffung der kalten Progression profitieren. Wir müssen eine Lösung finden, die auch Menschen mit niedrigeren Einkommen zugutekommt, die ja von der Inflation überdurchschnittlich betroffen sind. Mit der ÖVP war das nicht möglich.</p>	<p>Die Sozialpartnerschaft ist ein österreichisches Erfolgsmodell, das nur funktioniert, weil die Kammern durch die Pflichtmitgliedschaft ein starkes Mandat für Verhandlungen haben. Außerdem ist die Arbeiterkammer für ArbeitnehmerInnen ein wichtiger Garant für die Einforderung ihrer Rechte.</p>
<p>Um den Druck vom Sozialsystem zu nehmen, brauchen wir eine neue Gerechtigkeit: jene, die schon lange ins System einzahlen, müssen anders behandelt werden als jene, die noch nie eingezahlt haben. Wer ein Leben lang in Österreich hart arbeitet, muss eine sichere Pension erhalten.</p>	<p>Alle Steuerzahler, denen durch die kalte Progression Geld weggenommen wird, sollen dieses Geld automatisch und möglichst unbürokratisch zurückbekommen. Politische Verhandlungen darüber, wie viel wir den Menschen von ihrem Geld zurückgeben, würden zu Verzögerungen und Halblösungen führen.</p>	<p>Klar ist, dass Sozialpartner wie die AK serviceorientierter werden und sparsamer mit ihren Beiträgen umgehen müssen. Mitgliedsbeiträge sind legitim, wenn damit gut umgegangen wird und die Mitglieder mit dem Service ihrer Kammer zufrieden sind.</p>
<p>Dass das faktische Pensionsalter steigt, ist ein Propagandatrick von SPÖ-Sozialminister Alois Stöger, der dabei außer Acht lässt, dass das allein durch ein ineffizientes und teures System bei den Invaliditätspensionen erkaufte worden ist. Bei den Luxuspensionen gibt es noch großen Reformbedarf.</p>	<p>Eine nachhaltige automatische Abschaffung ist unbedingt notwendig. Dies soll vor allem auch den kleinen und mittleren Einkommen zugute kommen.</p>	<p>Im Zuge einer direktdemokratischen Entscheidung über eine Reform der derzeit auf Zwangsmitgliedschaft gründenden Interessenvertretungen sollte hier eine Weiterentwicklung erfolgen. Gerade der ÖGB zeigt, dass auch eine freiwillige Interessenvertretung und ihr Leistungsangebot sehr attraktiv sind.</p>
<p>Reformen sind notwendig, um Ungerechtigkeiten abzuschaffen (Stichwort Luxuspensionen). Dazu haben die Grünen ein Pensionsmodell mit Grundpension und Erwerbspension im Umlageverfahren vorgelegt. Die Kürzung von Pensionen unter der ASVG-Höchstpension wird es mit den Grünen nicht geben.</p>	<p>Alle Einkommensgruppen sollen davon profitieren. Bei einer Automatik ist das nicht möglich, da Waren, für die Menschen mit niedrigem Einkommen besonders viel ausgeben (Nahrungsmittel, Wohnen), besonders stark verteuert wurden. Die Politik braucht also Spielraum statt Automatik.</p>	<p>Die Arbeiterkammern sind hervorragende DienstleisterInnen für ihre Mitglieder. Sie abzuschaffen oder zu schwächen würde allen ArbeitnehmerInnen schaden. Dafür sind wir Grünen nicht zu haben.</p>
<p>Ohne weitere Reformen im Pensionsbereich kommt es zu einer schleichenden Pensionskürzung. Wenn das Pensionsantrittsalter nicht weiter steigt, werden die Pensionen immer niedriger. Um das zu erreichen, brauchen wir Reformen am Arbeitsmarkt, damit Menschen auch länger arbeiten können.</p>	<p>Die kalte Progression muss so schnell wie möglich abgeschafft werden. Wir haben dazu bereits mehrfach Initiativen gesetzt. Niedrige Einkommen müssen oft keine Steuern abliefern, deshalb wollen wir diese durch niedrigere Sozialversicherungsbeiträge entlasten.</p>	<p>Starke Kammern brauchen keinen Zwang – sie überzeugen durch ihre Leistung! Die Kammern müssen endlich im 21. Jahrhundert ankommen und aufhören, ständig nur ihre Privilegien abzusichern. Gerade der ÖGB zeigt eindrucksvoll, dass eine Vertretung ohne Zwangsmitgliedschaft auskommen kann.</p>
<p>Wir fordern: Sichere Pensionen! Keine weiteren Kürzungen der ASVG-Pensionen! Entscheidungen müssen bei gewählten PolitikerInnen liegen – und nicht bei Pensionsautomatik-Computern, die aufgrund der älter werdenden Bevölkerung Pensionskürzungen verordnen würden.</p>	<p>Die kalte Progression muss rasch ausgeglichen werden. Davon müssen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen stärker profitieren.</p>	<p>Die arbeitenden Menschen brauchen ihre Arbeiterkammer. Sie nehmen zwei Millionen Beratungen pro Jahr in Anspruch. Das zeigt, dass die Kammern gebraucht werden. Deshalb: Keine Kürzung bei den Arbeiterkammern!</p>

MEHR WEITBLICK

Mehr Leben, weniger Sorgen! Österreich kann rundum optimistisch in die Zukunft schauen.
Denn mit der Wiener Städtischen gibt es einen verlässlichen Partner für alle Lebenslagen.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

Wir stehen vor großen Herausforderungen

Erich Mauersics ist seit Juni 2017 neuer ÖGB-Landesvorsitzender im Burgenland. In der „Solidarität“ spricht er über seine Pläne und Ziele.

Solidarität: *Ihr Amtsantritt als ÖGB-Landesvorsitzender fällt genau in eine Zeit, in welcher der Gewerkschaft ein rauher Wind entgegenweht. Gewerkschafter werden als Blockierer und Bremsen bezeichnet. Was antwortet man auf solche Provokationen?*

Erich Mauersics: Natürlich würden uns manche am liebsten abschaffen. Wir sind die, die für Gerechtigkeit sorgen, Missstände und Ausbeutung aufzeigen und jedes Jahr in harte Verhandlungen treten, um Lohn- und Gehaltserhöhungen für die ArbeitnehmerInnen zu erreichen. Und meistens sind wir erfolgreich. Das zeigt ja auch die Lohnsteuerreform, die wir 2015 gemeinsam mit den ArbeitnehmerInnen auf den Weg gebracht haben.

Welche Themen werden den ÖGB Burgenland in nächster Zeit beschäftigen?

Mauersics: Als ArbeitnehmervertreterInnen stehen wir vor großen Herausforderungen. Die Arbeitswelt ist im Umbruch. Die Digitalisierung wird Arbeitsplätze kosten, was auch auf die Fi-



© ÖGB Burgenland

nanzierung unseres Sozialsystems negative Auswirkungen haben wird. Da brauchen wir neue – aber vor allem faire – Lösungen. Außerdem führen wir Diskussionen über Arbeitszeit und Mindestlöhne. Und im Burgenland brau-

chen wir dringend mehr Maßnahmen für einen fairen Arbeitsmarkt, denn gerade unser Bundesland ist durch seine lange Grenze besonders betroffen von Verdrängungswettbewerb und Lohn- und Sozialdumping. Das niedrige Lohnniveau unserer Nachbarländer macht den burgenländischen Arbeitsmarkt besonders attraktiv. Und was auch noch zu betonen ist: Viele unserer Unternehmer nehmen das Angebot von Billigarbeitskräften ja auch gerne an.

Welche konkreten Maßnahmen sind erforderlich?

Mauersics: Wir brauchen dringend Maßnahmen für den Arbeitsmarkt. Zum Beispiel mehr Beamte bei der Finanzpolizei, die das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping vollziehen, aber auch Übereinkommen mit den Nachbarländern, dass diese Gesetze auch dort vollzogen werden. Weil was nützt es uns, wenn unsere BeamtInnen Strafen aussprechen und nichts passiert, weil die Strafen im Heimatland nicht bearbeitet werden.

Gemeinsam#GutArbeiten

Gewalt am Arbeitsplatz ist kein Einzelfall und im Trend deutlich steigend. Betroffen sind Männer wie Frauen, Letztere weitaus häufiger.

„Die Gewalterfahrungen von ArbeitnehmerInnen können vielfältig sein. Dabei kann es sich um ein einmaliges Ereignis handeln, etwa durch externe Personen wie KundInnen, KlientInnen oder LieferantInnen. Es kann aber auch ein System an Misshandlungen bestehen, welches auf Macht und Kontrolle abzielt und im engeren Umfeld angesiedelt ist, etwa durch Vorgesetzte oder KollegInnen“, erklärt Hannelore Binder, ÖGB-Landesfrauenvorsitzende im Burgenland.

Umfrage startet

Die ÖGB-Frauen Burgenland wollen daher in dem gemeinsamen Projekt „Gemeinsam#GutArbeiten – Gewaltfreier Arbeitsmarkt“ mit der Arbeiterkammer und dem Regionalmanagement Burgenland die aktuelle Situation in den burgen-

ländischen Betrieben sichtbar machen und mit Maßnahmen eine positive Veränderung erzielen. Um einen genauen Überblick über die tatsächlich auftretenden und wahrgenommenen Erscheinungsformen von Gewalt zu gewinnen, wird in Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut IFES eine breit angelegte Umfrage zum Thema durchgeführt. An dieser sollen rund 1.600 Menschen teilnehmen. Die Befragung wird einerseits mit Fragebögen in burgenländischen Betrieben und andererseits in Form von Telefonbefragungen durchgeführt. Der Fragebogen beinhaltet 15 Fragen zum Thema und die Befragung in den Betrieben wird von BetriebsrätInnen organisatorisch unterstützt. Die ersten Ergebnisse werden im Aktionszeitraum „16 Tage gegen Gewalt“ im November und Dezember 2017 präsentiert.



Ein Fünftel weniger im Geldbörse!

Die Gehaltslücke zwischen Frauen und Männern schließt sich – aber viel zu langsam. Arbeitnehmerinnen verdienen heute noch rund 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

„Wenn es ein Mädchen wird, nennen wir es Einkommensunterschied“: Mit diesem Slogan machen die ÖGB-Frauen darauf aufmerksam, dass der aktuelle Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern 21,7 Prozent beträgt. Der Equal Pay Day* (EPD) fällt heuer auf den 13. Oktober. Das heißt: Frauen in Österreich arbeiten 80 Tage im Jahr umsonst. „Frauen bekommen heute zwar mehr für ihre Arbeit bezahlt als noch vor zehn Jahren. Das ist dennoch kein Grund zum Jubeln. Denn die Fortschritte in Sachen Lohnleich-

heit zwischen Frauen und Männern gehen nur im Schneckentempo voran, die Gehaltsunterschiede haben sich in den vergangenen Jahren nur minimal verringert“, betont Renate Anderl, ÖGB-Vizepräsidentin und Bundesfrauenvorsitzende. Verpflichtende Einkommensberichte, die Frauenquote in Aufsichtsräten ab 2018 und der Mindestlohn von 1.500 Euro sind aus Sicht der ÖGB-Frauen positive Schritte, die zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen. Aber es braucht mehr. Die ÖGB-Frauen fordern:

- ◆ **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**
- ◆ **Mindesteinkommen von 1.700 Euro**
- ◆ **Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtern – Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung**
- ◆ **Verpflichtende Frauenförderung in großen Betrieben**
- ◆ **Geschlechtergerechte Verteilung der unbezahlten Arbeit**

„Die Einkommensunterschiede in Vorarlberg sind mit 29,2 Prozent nach wie vor am größten. Die Gründe dafür sind vielfältig, wie etwa die hohe Teilzeitquote oder die spezifischen Karriereverläufe und Berufsunterbrechungen. Damit geht auch ein erhöhtes Armutrisiko einher. Unser Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der Frauen und Männer gleiche Chancen und Rechte vorfinden, um sich ihr Leben individuell zu gestalten. Ein existenzsicherndes und gerechtes Einkommen ist die Basis dafür.“

Iris Seewald, Landesfrauenvorsitzende ÖGB Vorarlberg

„Nur mit einem gleichberechtigten Start ins Leben kann Einkommensgerechtigkeit am Arbeitsplatz gewährleistet werden. Deshalb ist es wichtig, Mädchen und Frauen bereits in jungen Jahren zu vermitteln, selbstbewusst zu fordern, was ihnen zusteht, und in Verhandlungen hart zu bleiben.“

Waltraud Rohrer, Landesfrauenvorsitzende ÖGB Kärnten

„Gut bezahlte Arbeit für alle! Keine Teilung in Frauen- und Männerarbeit, dann schließt sich die Lohnschere und wir bewahren die Frauen vor der Altersarmut.“

Helga Ahrer, Landesfrauenvorsitzende ÖGB Steiermark

„Die bundesweit zweithöchsten Einkommensunterschiede sind eine echte Blamage für das Industrieland Oberösterreich! Dabei gäbe es Möglichkeiten, die Lage zu verbessern: Wir schlagen eine verpflichtende Frauenförderung in großen Unternehmen vor und eine volle Anrechnung der Karenzzeiten. Das wäre ein großer Schritt zu mehr Einkommensgerechtigkeit.“

Elfriede Schober, Landesfrauenvorsitzende Oberösterreich

WIE HAT SICH DIE LOHNLÜCKE ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN IN DEN LETZTEN ZEHN JAHREN VERÄNDERT?

2007		26,7
2008		26,6
2009		26,2
2010		25,6
2011		24,3
2012		23,7
2013		23,2
2014		22,7
2015		22,4
2016		22,4
2017		21,7

Besonders auffällig: Im Jahr 2011 hat sich die Lohnlücke im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Prozent verringert, also um mehr als doppelt so viel wie in den Jahren zuvor. Das lässt sich damit erklären, dass 2011 Einkommensberichte in Betrieben eingeführt wurden, wodurch viele Firmen auf gerechtere Löhne geachtet haben.

** Der Equal Pay Day ist der Stichtag, an dem Männer bereits das Einkommen erreicht haben, für das Frauen bis zum Jahresende noch arbeiten müssen.*

„Dass im Jahr 2017 der Equal Pay Day in Tirol am 3. Oktober begangen wird, ist eine traurige Sache. Die 1.500 Euro Mindestlohn sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber auf Dauer gesehen zu wenig. Die Branchen, in denen Niedriglöhne bezahlt werden, gehören aufgewertet, ohne hinzusehen, ob dort mehr Frauen beschäftigt sind oder eine Männerdomäne vorherrscht.“

Silvia Nagele, Landesfrauenvorsitzende ÖGB Tirol

EQUAL PAY DAY IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH

Der EPD fällt dieses Jahr österreichweit auf den 13. Oktober. Im Bundesländervergleich gibt es jedoch große Unterschiede. Vorarlberg belegt so wie in den Jahren zuvor den unbeliebten letzten Platz: Hier arbeiten Frauen bereits ab dem 16. September gratis. Auch Oberösterreich schneidet im bundesweiten Vergleich schlecht ab. Der Einkommensnachteil für Frauen beträgt 26,1 Prozent und der EPD fällt schon auf den 27. September 2017.

Equal Pay Day 2017 – Nachteil für Frauen in Tagen und Prozent			
Wien	30. Oktober 2017	63 Tage	17,1 Prozent
Burgenland	16. Oktober 2017	77 Tage	20,9 Prozent
Kärnten	15. Oktober 2017	78 Tage	21,3 Prozent
Niederösterreich	11. Oktober 2017	82 Tage	22,3 Prozent
Steiermark	9. Oktober 2017	84 Tage	22,9 Prozent
Salzburg	3. Oktober 2017	90 Tage	24,6 Prozent
Tirol	3. Oktober 2017	90 Tage	24,4 Prozent
Oberösterreich	27. September 2017	96 Tage	26,1 Prozent
Vorarlberg	16. September 2017	107 Tage	29,2 Prozent



„Im Burgenland hat sich der Equal Pay Day wieder um einen Tag verbessert. Das ist positiv, jedoch zu wenig. Geht es in diesem Tempo weiter, werden wir noch über 30 Jahre auf Lohn-gleichheit warten. Und das ist eindeutig zu lang, überhaupt vor der Diskussion, die derzeit über die Angleichung des Frauenpensionsalters geführt wird. Die Pensionen können erst dann angeglichen werden, wenn es keine Lohnunterschiede mehr gibt – also aus heutiger Sicht in 30 Jahren.“

Hannelore Binder,
Landesfrauenvorsitzende ÖGB Burgenland

1.500 ERREICHT – ÖGB PEILT 1.700 EURO AN

Durch höhere Mindestlöhne steigen auch die Pensionen, Altersarmut wird reduziert.



MIT DER SOZIALPARTNERSCHAFTLICHEN EINIGUNG auf einen Mindestlohn von 1.500 Euro brutto für alle bis spätestens 2020 haben ÖGB und AK Ende Juni das zu Jahresbeginn gesteckte Ziel erreicht. Es wird also in absehbarer Zeit keine Löhne und Gehälter unter 1.500 Euro geben. Jedoch ist damit nur der erste Schritt getan. „Wir stehen für faire Löhne und

Gehälter, deshalb fordern wir einen Mindestlohn von 1.700 Euro in allen Kollektivverträgen“, betont ÖGB-Präsident Erich Foglar. Derzeit verdienen noch rund 300.000 Vollzeitbeschäftigte weniger.

Besonders Frauen profitieren

Auch für ÖGB-Bundesfrauensekretärin Isabella Guzi ist die Forderung nach höheren Mindestlöhnen nicht vom Tisch: „Die im Juni verabschiedete Grundsatzvereinbarung ist ein wichtiger Zwischenschritt zur Umsetzung unserer Forderung nach einem kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.700 Euro.“ Für Frauen sind höhere Mindestlöhne von besonderer Bedeutung. Zum einen, weil viele Frauen in Niedriglohnbranchen arbeiten, und zum anderen, weil höhere Mindestlöhne auch höhere Stundenlöhne für Teilzeitbeschäftigte bedeuten – also wiederum vor allem Frauen zugute kommt. Durch die höheren Pensionsversicherungsbeiträge steigen zudem die Pensionen, wodurch auch das Risiko der Altersarmut gesenkt wird, von der Frauen häufiger als Männer betroffen sind.

WER DIE AK SCHWÄCHT, TRIFFT DIE BESCHÄFTIGTEN

**AK-PRÄSIDENT WARNT PARTEIEN VOR WAHLKAMPF
ZULASTEN DER ARBEITNEHERINNEN.**



© Sebastian Philipp

„WER DIE PFLICHTMITGLIEDSCHAFT INFRAGE STELLT, will in Wahrheit die ArbeitnehmerInnen schwächen“, sagt AK-Präsident Rudi Kaske zu Vorschlägen, die Pflichtmitgliedschaft abzuschaffen und die Kammerbeiträge zu halbieren. „Die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern sichert die hohe Kollektivvertragsabdeckung von nahezu 98 Prozent. Das bringt für Millionen Beschäftigte in Österreich faire Bezahlung und kollektivvertraglich abgesicherte Rechte.“ Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Kollektivvertragsabdeckung nur bei 58 Prozent. Dort ist auch der Niedriglohnsektor viel größer.

Ohne Pflichtmitgliedschaft in den Kammern gibt es keine all-gemeinverbindlichen Kollektivverträge (KV). Sind Betriebe nicht länger Mitglied bei der Wirtschaftskammer, gilt für ihre Beschäftigten kein KV. „Wer die Pflichtmitgliedschaft angreift,

rüttelt an der Sozialpartnerschaft, einem nach wie vor gut funktionierenden Lohn- und Sozialsystem, um das uns Europa beneidet. Wer für die ArbeitnehmerInnen ist, kann nicht gegen die AK sein“, so Kaske weiter. Zwei Millionen Mal im Jahr werden AK-Mitglieder beraten. Insgesamt holten die Kammern 2016 über 532 Millionen Euro für ihre Mitglieder dabei heraus, mehr als sie an Beiträgen einnehmen. Der durchschnittliche AK-Mitgliedsbeitrag beträgt genau 6,91 Euro netto im Monat. Diese solidarischen Mitgliedsbeiträge werden gebraucht, um die Leistungen der AK in der Beratung, im Rechtsschutz, bei Firmeninsolvenzen und im KonsumentInnenschutz zu finanzieren. „Wer, um Wahlen zu gewinnen, diese solidarische Schutzgemeinschaft für die Beschäftigten angreift, setzt ein hohes Gut aufs Spiel“, warnt Kaske. „Verantwortungsvolle Politik im Sinne der Beschäftigten sieht anders aus.“



TEURE NACHHILFE

**EINKOMMENSCHWACHE FAMILIEN
BENACHTEILIGT.**

Rund 450 Euro im Schnitt müssen Eltern für die Vorbereitung auf das nächste Schuljahr oder einen Nachzipf ausgeben. Viele Familien mit niedrigerem Einkommen können sich das kaum leisten, ihre Kinder haben damit deutlich schlechtere Startchancen im nächsten Schuljahr. Die AK fordert daher unter anderem eine Förderung nach dem „Chancen-Index“ für Schulen, in denen es besonders viele Kinder aus benachteiligten Familien gibt. bit.ly/2wSUuEX



KIND IST KRANK?

**RECHT AUF PFLEGE- UND
BETREUUNGSFREISTELLUNG.**

Wenn ein Kind krank ist, setzt das besonders berufstätige Eltern (Wahl- und Pflegeeltern) unter Druck. Doch sie haben vom Gesetz her das Recht, bei einem kranken und somit pflegebedürftigen Kind zu Hause zu bleiben. Wie oft, hängt jedoch vom Alter des Kindes ab. Besonders wichtig ist, dass der Arbeitgeber so rasch wie möglich informiert wird. Auf bit.ly/2wgflLE beantwortet der ÖGB die wichtigsten Fragen zur Pflege- und Betreuungsfreistellung.



EXKLUSIV

**ATTRAKTIVE ANGEBOTE FÜR
ÖGB-MITGLIEDER.**

Gewerkschaftsmitglieder haben nicht nur Vorteile in der Arbeitswelt, sondern auch in der Freizeit – und zwar auch in ihrem direkten Umfeld. Von attraktiven Zuckerln beim Einkaufen bis hin zu Rabattierungen bei Kultur, Reisen, Kulinarik – für jeden Geschmack ist etwas dabei. Ein besonderes Angebot: Strom zum Gewerkschaftstarif. Es lohnt sich, organisiert zu sein. Mehr Informationen gibt es unter: preisvorteil.oegb.at

Wie viele „Einzelfälle“ noch?

Seit Inkrafttreten des neuen Mindestsicherungsgesetzes in Niederösterreich kommt es regelmäßig zu nicht nachvollziehbaren Ungerechtigkeiten.



Ungerechtigkeiten bei der Mindestsicherung in Niederösterreich, die nicht nachvollziehbar sind. „Wir haben vor diesen Fehlentwicklungen immer gewarnt. Es braucht nun eine sofortige Lösung im Sinne der Menschlichkeit“, sagt Wieser. Wie diese Beispiele zeigen, sind vor allem arbeitende Menschen mit geringem Einkommen, AlleinerzieherInnen und Familien mit mehreren Kindern beziehungsweise Eltern, die ihre Kinder rund um die Uhr pflegen müssen, davon besonders hart betroffen. Der Verfassungsgerichtshof prüft nun erneut Regelungen, da eine Aufhebung wegen Verfassungswidrigkeit beantragt wurde. Es geht dabei um die Deckelung und geringere Mindeststandards bei unter fünf Jahren Aufenthalt.

Kein Abwarten, sofort lösen

Laut Wieser brauche es jedoch sofort eine Lösung für die Betroffenen. Er fordert daher, schon vor der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, eine entsprechende Reparatur des Gesetzes und in den bekannten Härtefällen sofortige Lösungen. Denn hier gehe es um Menschen und um ein Leben in Würde, wie Wieser betont.



»Es braucht eine sofortige Lösung im Sinne der Menschlichkeit.«

Markus Wieser, ÖGB-Vorsitzender und AK-Präsident in Niederösterreich

Von der 84-jährigen Pensionistin, die sich zum Arbeitseinsatz bereithalten sollte, über eine gebürtige Österreicherin, die Deutsch- und Integrationskurse besuchen sollte, und Frauen in Notschlafstellen, die als Wohngemeinschaft eingestuft wurden, bis hin zu den jüngsten Berichten, die wieder hohe Wellen schlugen: Eine Mutter, die ihre beeinträchtigte Tochter pflegt, wird deshalb die Mindestsicherung gekürzt, weil das Pflegegeld als „Einkommen“ gegengerechnet wird. Von anfangs rund 733 Euro im Monat wurden der Mutter nun nur mehr 386 Euro im Monat zugesprochen. Für die Betroffene, die sich aufopfernd um ihre Tochter kümmert, ein herber Schlag, den sie zu Recht nicht nachvollziehen kann. „Es kann nun nicht mehr von Einzelfällen gesprochen werden“, kritisiert Markus Wieser, Vorsitzender des ÖGB Niederösterreich und Präsident der AK Niederösterreich.

Familien besonders betroffen

Seit der Änderung des Gesetzes gibt es immer mehr Meldungen über massive

KOMMENTAR /// Christian Farthofer, ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

GEKAUFTE DEMOKRATIE



Derzeit befinden wir uns mitten im Wahlkampf, und schon jetzt ist absehbar, dass es aus meiner Sicht ein paar beunruhigende Entwicklungen gibt, die schon im Jahr 2013 begonnen haben. Damals haben zwei Milliardäre dazu beigetragen, dass zwei Parteien ins österreichische Parlament einzogen, die alles andere als die ArbeitnehmerInneninteressen im Fokus hatten und haben. Eine dieser Parteien hat sich in ihre Bestandteile aufgelöst, die andere kämpft wieder mit der finanziellen Unterstützung des Milliardärs um den Wiedereinzug.

Diesmal dreht sich die Spirale weiter. Wieder finden sich einzelne Großspender zusammen und unterstützen mit viel Geld einen einzelnen Kandidaten. Das sind aus meiner Sicht bedenkliche Entwicklungen, denn nicht umsonst heißt es „Geld ist Macht“. Es ist auch nicht der österreichische Weg des Interessenausgleichs der vielen, wie ihn ÖGB und Arbeiterkammern zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Sozialpartnerschaft leben. Hier geht es immer um gemeinsame Lösungen für Millionen, aber nie darum, dass einzelne Millionen machen können. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied, der für unsere Demokratie ganz entscheidend ist. Allein in Niederösterreich werden so von ÖGB Niederösterreich und AK Niederösterreich rund 600.000 ArbeitnehmerInnen vertreten. Eine der Intentionen der Big Spender ist es, ÖGB und Arbeiterkammern zu schwächen, die sie dabei behindern, unsoziale und belastende Maßnahmen gegen die ArbeitnehmerInnen durchzusetzen. Als Stichwort sei hier nur der generelle 12-Stunden-Arbeitstag genannt. Dem müssen wir uns entgegenstellen und werden es so nicht zulassen, dass man unsere Demokratie kaufen kann.

Zwei-Klassen-Ausbildung?

Mehr als 100.000 junge Menschen in Österreich machen eine Lehre.
Ein Zehntel davon in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte.

JEDES JAHR IM SEPTEMBER startet die Lehrausbildung und viele junge Menschen steigen ins Berufsleben ein. Insgesamt gab es 2016 mehr als 100.000 Lehrlinge in Österreich. Rund ein Zehntel davon, also rund 10.000 Jugendliche, machen ihre Lehre in einer überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahme (ÜBA). Und das, obwohl laut aktuellen Zahlen nicht alle betrieblichen Lehrstellen vergeben sind, so waren zum Beispiel Anfang August 444 Lehrstellen in Wien nicht besetzt.

Gut ausgebildet in der ÜBA

Diese Lehrlinge empfinden sich selbst meist als Lehrlinge „zweiter Klasse“: Ihre Entschädigung liegt deutlich unter jener von betrieblichen Lehrlingen. Außerdem haben sie nach ihrer Ausbildung häufig Schwierigkeiten bei Bewerbungen, weil Betriebe lieber auf fertig ausgebildete „reguläre“ Lehrlinge zurückgreifen – aus Sicht der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)



unverständlich. „Erst kürzlich gewann eine Fahrzeugtechnikerin, die ihre Lehre in der ÜBA von Jugend am Werk absolvierte, beim Wiener Lehrlingswettbewerb in der Kategorie Karosseriebautechnik. Das zeigt, dass diese Ausbildung um nichts schlechter ist als die Lehre in einem Betrieb“, betont Stefan Bartl, ÖGJ-Bundesjugendsekretär.

ÖGJ für Ausbildungsfonds

Nichtsdestotrotz fordert die ÖGJ die Wirtschaft auf, wieder mehr Lehrlin-

ge auszubilden. „Die überbetriebliche Lehrausbildung ist eine wichtige Alternative für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden. Oberste Priorität muss aber sein, jungen Menschen eine Ausbildung in einem Betrieb zu ermöglichen“, sagt Bartl. Daher fordert die ÖGJ einen österreichweiten Ausbildungsfonds in Höhe von einem Prozent der Bruttolohnsumme, in den alle Firmen, die ausbilden könnten, einzahlen und aus dem die tatsächlich ausbildenden Betriebe gefördert werden.

AUSBILDUNGSPFLICHT BIS 18

Wer gut ausgebildet ist, hat bessere Chancen auf einen Arbeitsplatz, verdient mehr und hat einen besseren Start in ein gelungenes Leben: Für Jugendliche, die mit Ende des Schuljahres 2016/17 ihre Schulpflicht erfüllt haben, gilt erstmals die sogenannte Ausbildungspflicht bis 18 Jahre. Sie müssen also eine weiterführende Schule besuchen oder eine andere Ausbildung machen. Detaillierte Informationen: bit.ly/2fzjoih

© Michael Mazohl

PRAKTIKANTIN: DER ERSTE JOB UND SEINE TÜCKEN



Sommerzeit ist Praktikumszeit, und diese neigt sich langsam dem Ende zu. PraktikantInnen haben es nicht immer leicht, oft werden sie als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Wie sie sich dagegen wehren können, weiß Barbara Kasper, Bundesjugendsekretärin der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp).

Solidarität: Welche Probleme sind oft Themen bei FerialpraktikantInnen?

Barbara Kasper: Die klassischen Probleme bei PflichtpraktikantInnen sind, dass sie nicht vorwiegend ausgebildet, sondern als normale Arbeitskraft eingesetzt werden, aber nichts oder nur wenig bezahlt bekommen. Beim Ferienjob „passt“ es oft, dass nicht verbrauchte Urlaubstage oder anteilmäßiges Urlaubs- und Weihnachtsgeld nicht bezahlt werden.

Was können sie machen, wenn sie nicht korrekt bezahlt wurden?

Kasper: Betroffene können eine falsche Bezahlung, genauso wie alle anderen Beschwerden, auf unserer Plattform www.watchlist-praktikum.at melden, auch anonym. Noch besser wäre es, sich persönlich unter jugend@gpa-djp.at oder unter 05 03 01-21510 zu melden und mit Unterstützung der GPA-djp die nicht erhaltene Bezahlung einzufordern. Das geht auch nach Ende des Praktikums/Ferienjobs. Allzu lange sollte aber nicht gewartet werden, denn es gelten unterschiedliche Verfallsfristen.

Ein letzter Tipp für FerialpraktikantInnen?

Kasper: Wer als ArbeitnehmerIn tätig ist, zahlt Lohnsteuer. Zu viel bezahlte Lohnsteuer kann dann im Rahmen der ArbeitnehmerInnenveranlagung zurückgeholt werden. Und zwar nicht nur für das abgelaufene Jahr, sondern fünf Jahre rückwirkend.



© Nürith Wagner-Strauss



FINGER- SPITZEN- GEFÜHL

BERUF(UNG): EICHBEAMTIN

„Viel Fingerspitzengefühl für Menschen“, nennt Sandra Rappnik als wichtigste Voraussetzung für ihren Beruf. Sie ist beschäftigt beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (BEV) und leitet das Eichamt Klagenfurt. Geeicht wird in Österreich alles, was mit Gewichten oder Mengen zu tun hat. Waagen, Taxameter, Zapfsäulen bis hin zu verpackten Waren fallen darunter. Das Eichwesen ist zweigeteilt: Private Eichstellen nehmen die Eichung bei den Verwendern vor. Das Eichamt kontrolliert sowohl bei den Verwendern als auch die Eichstellen selbst.

Rappnik und ihre MitarbeiterInnen kontrollieren unangemeldet stichprobenartig, aber über das Jahr gesehen flächendeckend. EichbeamtlInnen brauchen für ihre Tätigkeit vor allem technisches Verständnis. Die Eichamtsleiterin, selbst eine HTL-Absolventin, versteht sich „im weitesten Sinne als Konsumentenschützerin“.

„Damit beispielsweise überall in Österreich ein Liter ein Liter ist und 100 Gramm 100 Gramm sind. Und dass Beschummeln nicht nur verboten ist, sondern verhindert wird.“

Die moderne Technik hat das Eichen nicht grundsätzlich verändert. Das Bier- oder Weinglas in der Gastronomie ist gleich geblieben. Der Füllstrich mit der Mengenangabe muss der tatsächlichen Menge entsprechen. Die Elektronik ist vor allem bei den Waagen eingezogen. Da wird dann noch mit den Prüfgewichten geeicht, aber auch die Software geprüft. Diese muss eine Prüfzahl enthalten. Rappnik: „Verändert sich diese Zahl von einer Kontrolle zur anderen, ist das ein Hinweis auf Manipulation.“

ÖGJ STELLT LANDESBERUFSSCHULSPRECHER



Landesberufsschulsprecher Mijo Zecevic (rechts)

DER KANDIDAT der Gewerkschaftsjugend, Mijo Zecevic, ging bei der LandesschulsprecherInnenwahl im

Berufsschulbereich als Wahlsieger hervor. Zecevic ist 19 Jahre alt, kommt aus Klingenbach, lernt Mechatroniker und besucht die Berufsschule Mattersburg. Zwei seiner Ziele sind die Sanierung der Berufsschulinternate und die Attraktivierung der Pausen und Ausgehzeiten. „Wir sind sehr froh, dass der Landesberufsschulsprecher jetzt wieder von einem Kandidaten der Gewerkschaftsjugend ausgeübt wird. Denn wir sind die VertreterInnen der Lehrlinge im Burgenland und wir wissen, wo die Probleme liegen und wie wir sie lösen können“, sagt Kevin Sifkovits, Landessekretär der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) im Burgenland.

VIEL ZU TUN FÜR DIE BANKENOMBUDSFRAU

IMMER MEHR MENSCHEN im Burgenland nutzen den Service des Landes und lassen sich in der Bankenombudsstelle in verschiedenen Bereichen beraten. Bei 78 Sprechtagen in Eisenstadt und Oberwart hat die Bankenombudsfrau Helga Schmidt in diesem Jahr bisher fast 150 Personen beraten. Meistens geht es um Probleme bei Rückzahlungen von Kre-

ditraten, Kontoüberziehungen und um Fremdwährungskredite. Laut der zuständigen Landesrätin Verena Dunst steigt das Interesse an diesem Beratungsangebot. Helga Schmidt ist persönlich in der Bankenombudsstelle in Eisenstadt, Hartlsteig 2 oder telefonisch unter 05 76 00-2465 sowie per E-Mail unter helga.schmidt@bglid.gv.at erreichbar.

JOHANN-BÖHM-PLAKETTE VERLIEHEN



ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl überreicht Alfred Schreiner die Johann-Böhm-Plakette.

FÜR SEINE BESONDEREN Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung und den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der ArbeitnehmerInnen verlieh der ÖGB dem früheren Arbeiterkam-

merpräsidenten, Alfred Schreiner, die höchste Auszeichnung der Gewerkschaftsbewegung: die Johann-Böhm-Plakette. Der gelernte Schlosser begann im Februar 1975 als Jugend- und Bildungssekretär im ÖGB Burgenland zu arbeiten. Von Anfang an standen die Interessen der arbeitenden Menschen für ihn im Vordergrund. „Mehr als die Hälfte seines Lebens machte sich Alfred Schreiner für die ArbeitnehmerInneninteressen im Burgenland stark. Er hat die politische Entwicklung in diesem Bereich überwiegend mitgestaltet“, erklärt ÖGB-Landesvorsitzender Erich Mauersics, der gemeinsam mit ÖGB-Vizepräsidentin Renate Anderl die Auszeichnung verlieh.

INFOS UND TERMINE

Neue Ansprechpartner in den ÖGB-Regionen

In der Region Eisenstadt-Mattersburg kümmern sich Oliver Krumpeck und in der Region Neusiedl Johann Tesarek seit Kurzem um die Anliegen der Mitglieder sowie BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen.

Öffnungszeiten ÖGB-Büro Eisenstadt-Mattersburg

Wiener Straße 7, 7000 Eisenstadt
Montag bis Donnerstag: 7.30 bis 16 Uhr
Freitag: 7.30 bis 12 Uhr
Tel.: 02682/770-43
E-Mail: oliver.krumpeck@oegb.at

Öffnungszeiten ÖGB-Büro Neusiedl

Obere Hauptstraße 55, 7100 Neusiedl
Montag bis Donnerstag: 8 bis 12 Uhr
(nachmittags nach Terminvereinbarung)
Freitag: 8 bis 12 Uhr
Tel.: 02167/87 12
E-Mail: johann.tesarek@oegb.at

Termine

Faire Arbeit 4.0

Um den technologischen Wandel für alle gerecht zu gestalten, braucht es Ideen und Vorschläge. Daher wird der ÖGB gemeinsam mit BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und JugendvertrauensrätInnen über die Arbeitswelt 4.0 in einer Veranstaltungsreihe diskutieren.

10. Oktober 2017, 18.00 Uhr,

Bauermühle in Mattersburg

24. Oktober 2017, 18.00 Uhr,

Technologiezentrum Güssing

Informationen und Anmeldung unter 02682/770-64

Care for Kids –

Kinderbetreuungskurs

Das bfi Burgenland startet im September in Eisenstadt und Oberwart Kinderbetreuungskurse, die die Voraussetzungen für die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten erfüllen. Die Kurse gliedern sich in drei Module bzw. 35 Unterrichtseinheiten, kosten 195 Euro und richten sich an Personen, die sich ein Grundwissen und Sicherheit im Umgang mit Babys und Kindern aneignen wollen.

Informationen unter www.bfi-burgenland.at oder 02682/757 54. Die GPA-djp Burgenland gewährt Mitgliedern einen Zuschuss für die Kursteilnahme in der Höhe von 50 Euro.

MANCHMAL IST ES EINFACH ZU VIEL!

Immer schneller, immer mehr leisten: Mittlerweile ist jede/r vierte Beschäftigte Burn-out-gefährdet. Deshalb ist es wichtig, im Arbeitsalltag Pausen einzuhalten.

Eine alleinerziehende Mutter, die Kinder, Haushalt und einen Vollzeitjob jahrelang gut meistert, schafft es eines Morgens nicht mehr aus dem Bett. Das letzte halbe Jahr musste sie auch noch die Arbeit für ihre erkrankte Kollegin übernehmen. Das war zu viel. Der Körper machte nicht mehr mit, die Kraft fehlte einfach.

Ein Abteilungsleiter, der sich keinen Fehler leisten will, immer ein offenes Ohr für die MitarbeiterInnen hat, auch am Wochenende für ein paar Stunden ins Büro fährt und kein Familientreffen verpasst, bricht eines Tages bei einer Sitzung zusammen. Diagnose: Burn-out.

Und das sind keine Einzelfälle. Die Arbeitswelt verändert sich – vor allem durch die Digitalisierung – rasant, die Belastungen für die Beschäftigten steigen kontinuierlich an, der Druck wird größer. Und viele ArbeitnehmerInnen – egal ob aus der IT-Branche, der Produktion oder dem Handel – bemühen sich, alles richtig und schnell zu machen, übernehmen immer mehr Aufgaben und sind meist auch am Wochenende, an Feiertagen und im Urlaub telefonisch für den/die ChefIn erreichbar. Aber manchmal ist es einfach zu viel. Das belegt auch die steigende Zahl von Beschäftigten, die Burn-out-gefährdet sind. Mittlerweile ist das jede/r Vierte.

Burn-out vorbeugen

Mit der „Evaluierung psychischer Belastungen“ laut ArbeitnehmerInnenschutzgesetz gibt es ein gesetzlich verankertes Instrument zum Erkennen problematischer Arbeitsbedingungen. Hier ist besonders wichtig, dass Betriebe die Ergebnisse der Evaluierung ernst nehmen. Denn nur gesunde Arbeitsbedingungen ermöglichen ein gesundes Arbeiten. Und zum gesunden Arbeiten zählen neben einer guten Kommunikation, Information und Teamwork auch gut gestaltete Arbeitsabläufe und eine angenehme Arbeitsumgebung.

5 TIPPS

ZUR INDIVIDUELLEN BURN-OUT-PRÄVENTION

- ◆ Berufsleben vom Privatleben so gut wie möglich abgrenzen: die permanente Erreichbarkeit reduzieren.
- ◆ Perfektionismus ablegen, individuelle Kompetenzen entwickeln: Erkennen Sie den Unterschied zwischen „Was ist wichtig?“ und „Was ist dringend?“. Lernen Sie, Ihre persönlichen Grenzen zu erkennen und Nein zu sagen.
- ◆ Holen Sie sich soziale Unterstützung: Sprechen Sie mit KollegInnen, aber auch mit FreundInnen und der Familie.
- ◆ Planen Sie längere Auszeiten (zwei bis drei Wochen Urlaub).
- ◆ Gönnen Sie sich gelegentlich etwas Gutes. Etwas, was Ihnen Spaß und Freude macht, und lernen Sie, bewusst zu entspannen, zum Beispiel beim Wandern oder Yoga.

Mehr zum Thema: bit.ly/2tp90pY (www.gesundearbeit.at)

„TEILEN MACHT REICH – SPAREN MACHT ARM“

Neue Waldviertler Kampagne wurde vorgestellt.

WÄHREND in Österreich eine kleine Minderheit immer reicher wird und internationale Konzerne Steuern „sparen“, wird im Sozialbereich gespart. Armutsbetroffene Menschen werden vielfach schikaniert und stigmatisiert, sie werden zu Selbst-Schuldigen gemacht und schließlich Kürzungen unterworfen, um scheinbar die Arbeitsanreize zu erhöhen. Der ÖGB Waldviertel-Nord und die Waldviertler Betriebsseelsorge starteten daher die Kampagne „Teilen macht reich – Sparen macht arm“ und stellten diese im Rahmen einer Pressekonferenz vor.

Umverteilung von oben nach unten

Hintergrund der Kampagne: In der Region gibt es viel versteckte Armut – Arbeitslose über 50 haben kaum Wiedereinstiegschancen –, aber auch die Sorge um sozial-ökonomische Initiativen. „Es ist genug für alle da, aber die Verteilung ist extrem ungerecht“, erklärt Reinhold Schneider, Regionalsekretär des ÖGB



Waldviertel-Nord, und fügt hinzu: „Der Einkommenszuwachs der Reichsten ist größer als das Wirtschaftswachstum, damit gibt es eine ganz klare Umverteilung von unten nach oben.“ Daher sind die Betriebsseelsorge wie auch der Gewerkschaftsbund der Überzeugung, dass Sparen arm macht, die Gesellschaft spaltet und Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausschließt. Teilen hingegen macht reich. Scharf kritisiert wurde die Diskussion um die Mindestsicherung, die gerade in Niederösterreich zu immer mehr absurden Fällen führe.

ÖGB-REGIONALSEKRETARIATE



Regionalsekretariat ÖGB NÖ-Zentral

Öffnungszeiten

Regionalsekretariat St. Pölten

Gewerkschaftsplatz 1, 3100 St. Pölten
Tel.: 02742/325-17 od. 18
E-Mail: stpoelten@oegb.at

Montag, Dienstag, Donnerstag
7.30 bis 16 Uhr
Mittwoch
7.30 bis 12 Uhr
Freitag
7.30 bis 13.30 Uhr

Öffnungszeiten

Regionalsekretariat Lilienfeld

Pyrkerstraße 3, 3180 Lilienfeld
Tel.: 0664/614 50 71
E-Mail: lilienfeld@oegb.at

Öffnungszeit nach Terminvereinbarung

Regionalsekretariat Region Donau

Öffnungszeiten

Regionalsekretariat Krems

Wiener Straße 24, 3500 Krems/Donau
Tel.: 02732/824 61
Montag bis Donnerstag
8 bis 15 Uhr
Freitag
8 bis 11.30 Uhr

Öffnungszeiten

Regionalsekretariat Tulln

Rudolf-Buchinger-Straße 27–29,
3430 Tulln
Tel.: 0664/614 50 70
Sprechstunden nach Vereinbarung

BUNDESHEER KOOPERIERT MIT DER AUVA

Einen Verhandlungserfolg konnte Rudolf Silvan, Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Bau-Holz in Niederösterreich, der auch Vorsitzender der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) für Wien und Niederösterreich ist, feiern. Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und die AUVA haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Dadurch soll die Sanitätsversorgung gestärkt, die Aus-, Fort- und Weiterbildung des medizinischen Fachpersonals optimiert und das Österreichische Bundesheer (ÖBH) als Arbeitgeber für angehende MedizinerInnen attraktiver werden. Zudem soll eine gemeinsame Koordinierungsstelle, die mit Experten vom BMLVS und von der AUVA besetzt ist, für eine effiziente Zusammenarbeit sorgen.



Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil mit Rudolf Silvan, Gewerkschaft Bau-Holz

„Wir merken zusehends, dass ein Kompetenzverlust stattfindet, und wollen uns daher öffnen“, sagte Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ) bei der Vorstellung der beabsichtigten Kooperation im Unfallkrankenhaus Meidling in Wien. Mit der AUVA habe man einen sehr kompetenten Partner gefunden. „Für mich ist das ein erster Schritt“, so Doskozil. „Wir nutzen die Kooperation, um am Stand zu bleiben, um laufend Praxis zu erfahren, damit wir unsere Fähigkeiten erhalten.“

Im Zuge der Kooperation sollen für Militärangehörige und MinisteriumsmitarbeiterInnen Leistungen der AUVA erbracht werden, wie etwa erforderliche Untersuchungen von Stellungspflichtigen. Weiters ist beabsichtigt, dass Grundwehrdiener und Soldaten im Ausbildungsdienst medizinische Leistungen für den gesamten Bereich des Bewegungsapparates über die AUVA in Anspruch nehmen können.

DER KREDIT, FÜR DEN SIE IHRE LIEBEN LIEBEN WERDEN.

**€ 285
GESCHENKT
FÜR SIE!**



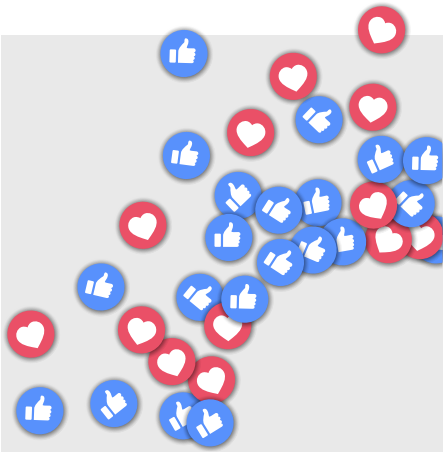
Günstiger für alle: Die BAWAG P.S.K. Familienwochen.

Bis 31.10.2017 gibt's jetzt besondere Konditionen für Ihren Kredit. Und wenn Sie uns weiterempfehlen, auch für bis zu 5 Ihrer Lieben. Plus € 285,- geschenkt für Sie. Klappt auch online.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



Neukundenaktion für Konsumkredite, positive Bonitätsprüfung vorausgesetzt.
Nicht mit anderen Aktionen kombinierbar.



ÖGB IN DEN SOZIALEN MEDIEN

**INFORMATIONEN AUF FACEBOOK,
TWITTER UND CO.**

Damit Sie immer auf dem Laufenden bleiben, bietet der ÖGB auf mehreren Social-Media-Plattformen regelmäßig Neuigkeiten rund um den Arbeitsplatz, die Gesundheit und andere interessante Themen.

Wenn Sie sich für tagesaktuelles Geschehen interessieren, sind Sie auf der Twitter-Seite des ÖGB richtig. Oder suchen Sie ein bestimmtes ÖGB-Video? Auf YouTube werden alle Videos veröffentlicht und archiviert.

Als digitales Fotoalbum dient die ÖGB-Flickr-Seite. Hier können Sie alle Aufnahmen von Aktionen, Demonstrationen und Konferenzen durchforsten. Ausgewählte Bilder aus der „Solidarität“, historische Plakate und Einblicke hinter die Kulissen des ÖGB gibt es auf dem Instagram-Profil. Auf der Facebook-Seite des ÖGB erscheinen fast täglich Beiträge, die im Monat einige Hunderttausend Menschen erreichen. Ein Blick lohnt sich auf jeden Fall.

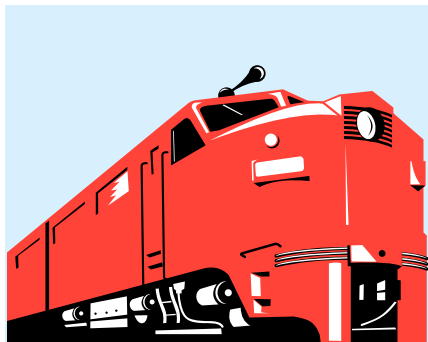
FACEBOOK: facebook.com/oegb.at

TWITTER: twitter.com/oegb_at

YOUTUBE: youtube.com/OEGBOnline

FLICKR: flickr.com/photos/oegb

INSTAGRAM: instagram.com/soli.oegb



SAG JA ZUR BAHN IN ROT-WEISS-ROT

**MOBILITÄT MUSS FÜR ALLE
LEISTBAR SEIN.**

Österreich ist mit drei Millionen beförderten Fahrgästen pro Tag ganz klar das Bahnland Nummer 1 in der EU – Tendenz steigend.

Leistbare Mobilität schafft mehr Freiheit und Lebensqualität. Vor allem Menschen am Land, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, benötigen eine gute Infrastruktur. Mit der Kampagne „Sag Ja zur Bahn in Rot-Weiß-Rot“ wollen die Gewerkschaft vda und die Wirtschaftskammer Österreich nicht nur die Bahnen, Fahrgäste und Beschäftigten, sondern auch alle Unternehmen, Organisationen, Länder oder politische Parteien als UnterstützerInnen gewinnen.

Initiative unterstützen: bit.ly/2ibLQOz



DIGITALE ENTGIFTUNGSKUR

**STÄNDIGE ERREICHBARKEIT TUT
DER GESUNDHEIT NICHTS GUTES.**

In der Freizeit nutzen viele ArbeitnehmerInnen das Mobiltelefon für berufliche Zwecke. Der Grund dafür ist häufig viel Arbeit. Doch wer ständig im „Stand-by-Modus“ ist, tut der Gesundheit nichts Gutes. Schlaflosigkeit und Schlafschwierigkeiten können aus Stress und Grübeln resultieren. Es ist wichtig, ab und zu eine „digitale Entgiftungskur“ zu machen:

- ♦ Keine Arbeit vor dem Schlafengehen
- ♦ Smartphone so oft wie möglich abschalten – kein Stand-by
- ♦ Bewusst nicht erreichbar sein
- ♦ Keine Dienstmails in der Freizeit lesen
- ♦ Laptop und Smartphone im Urlaub zu Hause lassen

Mehr Informationen: bit.ly/2ibdKKF

TERMIN: KINDERBETREUUNGSGELD NEU

**26. SEPTEMBER: ÖGB INFORMIERT ÜBER DIE WICHTIGSTEN
NEUERUNGEN BEIM KINDERBETREUUNGSGELD.**

Für Geburten ab 1. März 2017 gilt eine neue Regelung zum Kinderbetreuungsgeld. Alles, was Sie über das Kinderbetreuungsgeldkonto, das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld, den Familienzeitbonus und den Partnerschaftsbonus wissen müssen, erfahren Sie beim ÖGB-Infoabend am Dienstag, den 26. September, um 18 Uhr. Die Veranstaltung findet in der ÖGB-Zentrale am Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien statt. Anmeldung erforderlich unter: service@oegb.at oder 01/534 44-39100. (jo)

option

style your life!

Leiner

kika

Weitere Farben gegen geringen Aufpreis



Inkl. 6 Schwenkrücken



Kopfteilverstellung gegen Aufpreis



Stauraum und Bettfunktion gegen Aufpreis

3.514,-***

2.599,-

SIE SPAREN 26%

SITZGRUPPE.

Stoff dunkelgrau. Sitz Vollschaum. Inkl. 6 Schwenkrücken und 6 Nierenkissen. Ca. 270 x 401 x 199 cm. Statt 3.514,-*** 2.599,-. Gegen Aufpreis Sitz Boxspring, Armteil-, Kopfteilverstellung, Bettfunktion, Stauraum und Kissen.

(21174660, 21174751, 21181334, 21181409)

Gültig 30.8. bis 7.10.2017/AT7356. Gültig in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern. Solange der Vorrat reicht. Stappreise *** sind unverb. Hersteller-Preiseempf. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

www.kika.at | www.Leiner.at



MITGLIEDERRABATT

7,5%¹⁾

AUF IHREN EINKAUF

Ausgenommen alle Werbe- und Aktionsartikel aus unseren aktuellen Prospekten und Inseraten.

1) Gültig bis 31.12.2017 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Vom bisherigen Verkaufspreis. Gilt nur für Neuaufträge und ist nicht mit anderen Aktionen kumulierbar. Ausgenommen Werbe- und Aktionsware, bereits reduzierte Ware, Warengutscheine, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/ Zubehör und Lebensmittel. Der Vorweis der ÖGB-Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt vor dem Verkaufsgespräch dem Einrichtungsberater vorzulegen. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.

RESTAURANT

Täglich frisch gebackt!

GUTSCHEIN GÜLTIG VON 30.8. BIS 7.10.2017

Leiner



statt 2,90*

1,90

Klassik Frühstück 1 Tasse Kaffee (Verlängerter oder Melange), 2 Semmeln, Schinken, Käse, Butter und Marmelade

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems.

RESTAURANT

Täglich frisch gebackt!

GUTSCHEIN GÜLTIG VON 30.8. BIS 7.10.2017

kika



statt 3,40*

1,90

1 Tasse Verlängerter oder Melange und 1 Stück Kuchen

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei kika Wolfsberg.



Mineštra/Minestra oder die sommerliche Jota mit Zucchini

von Florian Kräfner

Zutaten (für 4–6 Portionen)

- ◆ Olivenöl
- ◆ 3 Zehen Knoblauch
- ◆ 1 Zwiebel
- ◆ 60 Gramm Speck
- ◆ 150 Gramm Rollgerste
- ◆ 200 Gramm Bohnen, über Nacht eingeweicht
- ◆ Wasser
- ◆ 400 Gramm Kartoffeln
- ◆ 500 Gramm Zucchini
- ◆ Rotweinessig
- ◆ Parmesan, Pfeffer, Salz, Olivenöl, Rotwein



© Der Geschmack Europas/Wieser Verlag, Illu.: Isabelle Cathouin

Der Verleger Lojze Wieser hat sich aufgemacht, um herauszufinden, wie Europa schmeckt. Nach Siebenbürgen, Galicien, ins Gailtal, in die Lausitz, in die Innerschweiz – sogleich packt einen das Reisefieber. Das Buch macht aber gleichermaßen Lust aufs Zuhause-Bleiben – und Kochen: Zu jeder Etappe gibt es Rezepte, meist aufgeschrieben, wie sie erzählt wurden. Dieses Rezept aus der Goriška brda (Slowenien) für eine sommerliche, einbrennlose Jota (dicke, gesäuerte Suppe) mit Zucchini statt Sauerkraut steht im Buch ohne Mengenangaben,

ist aber trotzdem einfach nachzukochen: „Knoblauch auf Öl anbraten, eine grob gehackte Zwiebel mitdünsten; gib noch grob geschnittenen dünnen Speck dazu; gib ein Glas Rollgerste gewaschen dazu, zweierlei Bohnen, weiße und braune.“ Mit Wasser aufgießen. „Grob geschnittene Kartoffeln werden ca. eine halbe Stunde geköchelt, danach gesalzen und gepfeffert. In der Zwischenzeit reibe ich Zucchini, salze sie und begieße sie mit rotem Weinessig – stehen lassen, bis die Suppe gekocht ist. Drücke die Zucchini aus, rühre sie in die Suppe, drücke die groben Kar-

toffeln durch ein Sieb, damit machst du die Suppe cremig; koche es noch kurze Zeit und lass die Suppe stehen. Am besten schmeckt sie eigentlich am nächsten Tag, wenn alles gut durchgezogen ist und der runde Geschmack voll zur Geltung kommt. Mit Parmesan, Pfeffer und Olivenöl servieren.“



Lojze Wieser: *Der Geschmack Europas. Die ersten Stationen*, Wieser Verlag, 300 Seiten, 30 Euro
Bestellen unter: www.diefachbuchhandlung.at

SIE WOLLTE KEIN FLÜCHTLING SEIN, ABER SIE HATTE KEINE ANDERE WAHL



© echomedia

Immer ist nur von „den Flüchtlingen“ die Rede. Olga Grjasnowa erinnert uns daran, dass hinter diesen Flüchtlingen Menschen stecken, mit einem Vor-Flüchtlings-Leben, das sie nie aufgeben wollten: Amal ist aufstrebende Schauspielerin in Syrien, genießt ihr privilegiertes Leben. Genervt ist sie nur von der Willkür der Behörden, der alltäglichen Brutalität der Geheimdienstler. Als der Arabische Frühling sich ausbreitet (2011), schließt sie sich den Demonstrationen an. Die Folge: Gefängnis, Psychoterror

... Trotz allem ist Damaskus „die Stadt, deren Straßen und Gassen sie wie keine anderen kennt, deren Sprache und Gebräuche ihr geläufig sind und deren Menschen sie mal mehr, mal weniger versteht. Sie möchte nicht weg, und doch weiß sie, dass sie keine andere Wahl

»AMAL HASST ES, SICH ALS FLÜCHTLING DURCH DIE STADT ZU BEWEGEN – ZÖGERLICH UND EINGESCHÜCHTERT. SIE HASST IHRE GANZE EXISTENZ. SIE HASST ES, SICH NICHT AUF DEUTSCH VERSTÄNDLICH MACHEN ZU KÖNNEN.«

hat. Vielleicht muss sie ja gar nicht lange wegbleiben, so hofft sie.“ Die Flucht führt erst in den Libanon, dann über die Mittelmeerroute. Das Frachtschiff, auf dem sie Richtung Europa unterwegs ist, sinkt, rundherum sterben Menschen. Amal gelangt schließlich nach Deutschland. Wie lange sie wegbleiben muss, bleibt offen.

Olga Grjasnowa:

Gott ist nicht schüchtern.

Aufbau Verlag, 309 Seiten, 22,70 Euro
Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Verlost werden ...

drei "Fitness für Vielsitzer" – Bücher (mit DVD) – zur Verfügung gestellt von der ÖGB-Fachbuchhandlung (www.diefachbuchhandlung.at)

--	--	--	--	--	--

1 2 3 4 5 6

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 22. September 2017

Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 972

■ ■ A ■ ■ N ■ ■ ■ ■ ■
 O E H ■ V I T A M I N
 ■ S O K O L ■ B U D E
 A P I ■ G ■ B E S E N
 ■ A ■ B E M E R K E N
 E N G E L ■ G ■ A ■ E
 ■ O ■ T ■ G I T T E R
 ■ L A T E R N E ■ X ■
 ■ ■ G R I N N S A L
 S A E U L E ■ D E M O
 ■ U N D ■ S T E R E O
 ■ S T O S S ■ R A N K

Stadt u. Provinz in Südthailand	seitliche Stützen an Niederbordwagen	Abk.: Anschlussheilbehandlung	Vorrichtung zum Anhalten	▼	exotische Frucht	geschl. Hausvorbau	▼	Abk.: Internat. Rotes Kreuz	▼	eh. öst. Speerwerferin (Eva)
				○ 4	südl. Bezirksteil Wiens					
Antrieb e. Zeitmessgerätes								gebrautene Fleischschnitte		sich täuschen
					mager, knochig		Wintersportgerät			
mit demselben Brief		blutunterlaufener Streifen	Trojanerheld bei Homer						○ 2	
zu genießen, nicht verdorben				○ 1		Gurkenkraut			schleiffähiger Kalkstein	
			Teil des Fahrrades		Brettspiel				○ 5	
Wasser- vögel	österr. Schauspielerin (Nina)		Kehlsack- vögel engl. Män- nerkurz.							
Nagetier						Abk.: Kraft- fahrzeug		Abk.: Inter- city- Express		böse, schlimm
Kummer, Schmerz					Witterung, über lange Zeiträume betrachtet					
Bewe- gung im Kreis								lat.: Herz		
österr. Dichter (Max) † 1971					Wicht					

s1112-51





Die „Besten“ für Freizeit und Wandern für Mann und Frau

Für Sie als Solidarität Leserinnen und Leser bis zu € 77,- Preisvorteil



Dachstein-Trekking Schuh niedrig

- Größen**
37 38 39 40 41 42 43 44 45 46

UVP*-Preis 129,-
Personalshop-Preis 69,99

BESTPREIS

€ **55.99**

Sie sparen € 73,01 gegenüber dem UVP*

IHR PREIS-VORTEIL 56%



Dachstein-Trekking Schuh hoch

- Größen**
37 38 39 40 41 42 43 44 45 46

UVP*-Preis 149,-
Personalshop-Preis 89,99

BESTPREIS

€ **71.99**

Sie sparen € 77,01 gegenüber dem UVP*

IHR PREIS-VORTEIL 51%



Sie wandern gern, suchen einen sehr leichten, perfekt passenden Schuh, mit dem Sie bequem gehen können? Dann sind die neuen Trekking-Wander-Schuhe von Dachstein ideal. Die speziell von Dachstein in Zusammenarbeit mit Orthopäden entwickelte „ortho-tec Sohlen

Technologie“ reduziert den Aufprall bei jedem Tritt. Der spezielle Sohlenaufbau entlastet die Gelenke und schont die Wirbelsäule. Für empfindliche Füße bietet die TPU 3-D Zehenkappe, die wasserabweisende D-Tex Membrane und die orthopädisch geformte Einlegesohle perfekten Schutz. **Gleich bestellen! Sie erhalten Ihre Dachstein-Schuhe für 30 Tage zum Kennenlernen mit Rückgaberecht.**

Produktinfo

- Obermaterial: atmungsaktives Mesh mit Stütz- und Führungselementen aus PU
- Wasserabweisende D-Tex Membrane
- TPU 3-D Zehenkappe
- Wassersäule 10.000 mm
- Innen: atmungsaktives Textilfutter
- Fußbett: orthopädisch geformte Einlage
- Sohle: ortho-tec Multifunktions-Sohle

BESTELLSCHEIN 6078 mit 30 Tage Rückgaberecht

Bestellen leicht gemacht! ☎ 0 512 / 34 33 44
FAX 0 512 / 34 33 44-400

Menge	Art.Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	UVP*	Personalshop-Preis	BESTPREIS
	62.166.118		Dachstein Trekking Schuh niedrig	€ 129,-	€ 69,99	€ 55,99
	62.166.129		Dachstein Trekking Schuh hoch	€ 149,-	€ 89,99	€ 71,99

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,90

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geburtsdatum: _____ E-Mail: _____

Lieferung erfolgt gegen Rechnung in Reihenfolge des Bestelleingangs. Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Österreich und solange der Vorrat reicht.

www.personalshop.com

Um sich im Shop anzumelden, verwenden Sie bitte diesen PIN-Code! (1 Monat gültig) Ihr PIN-Code ist gleichzeitig Ihr Gutscheincode. Beim Einlösen des Gutscheines im Warenkorb wird Ihr Rabatt abgebogen.

6078 **SEHR GUT 4.66/5.00**
Stand: 08/2017, 13.929 Bewertungen

Direkt zum Online-Shop

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6020 Innsbruck, Gärberbach 9, Tel: 0 512 / 34 33 44, Fax: 0 512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.

Gleich einsenden an: Servus Handels- und Verlagsgesellschaft m.b.H. Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „wenn und aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

* Stappreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise oder unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP)
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht finden Sie auf: www.personalshop.com

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/

Postleitzahl Ort

Besten Dank